

Tagungsbericht

**Taiwan und die internationale Ordnung**

an der Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland  
in Berlin am 22. Februar 2018

Kevin Kälker

Berlin, März 2018

Nach dem Sieg der Democratic Progressive Party im Legislativ-Yuan bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar 2016 und der Amtseinführung von Tsai Ing-wen als neue Präsidentin Taiwans gingen zahlreiche Beobachter in Erwartung ihrer deutlich nationaler geprägten Festlandchinapolitik von einer dramatischen Verschlechterung der Beziehungen zwischen Peking und Taipeh aus. Auch wenn es bisher zu keiner militärischen Eskalation gekommen ist, hat sich das bilaterale Verhältnis beider Staaten erheblich verschlechtert. Daneben wirken weitere Einflüsse auf der Ebene des internationalen Systems auf die Republik China ein. Die Sicherheitsarchitektur in Ostasien stellt Taiwan vor große Herausforderungen. Der machtpolitische Aufstieg der Volksrepublik China setzt die Vorherrschaft der USA im Westpazifik unter Druck. Es ist fraglich, wie verlässlich Washington als Sicherheitsgarant für Taipeh im Konfliktfall tatsächlich wäre. Die regionale Stabilität wird durch schwach institutionalisierte Formen der Regierungszusammenarbeit beeinflusst, von denen Taiwan jedoch ausgeschlossen ist. Die diplomatische Berechenbarkeit dieser multilateralen Kooperationsformate ist ein Unsicherheitsfaktor für den Inselstaat. Konkurrierende Territorialansprüche im Südchinesischen Meer, Zwischenfälle im Luftsicherheitsraum über der Taiwanstraße oder kalkulierte Provokationen paramilitärischer Einheiten zur See sind Eskalationspotenziale, an denen sich die gegensätzliche Interpretation der Souveränitätsfrage Taiwans entzünden könnte. Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus dem Zustand der internationalen Ordnung für den Inselstaat?

Diese Frage diskutierten die Teilnehmer der Tagung „Taiwan und die internationale Ordnung“ am 22. Februar 2018 in Berlin, die von der Taipeh Vertretung in Deutschland gemeinsam mit Prof. Dr. Martin Wagener von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung veranstaltet wurde. Der Repräsentant von Taiwan in Deutschland, Prof. Dr. Jhy-Wey Shieh, konnte knapp 100 Teilnehmer aus Politik, Wissenschaft und Medien in den Räumen der Vertretung empfangen. Klaus-Peter Willsch, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipei, betonte in seinem Grußwort, wie bedeutend der Übergang Taiwans von der autoritären Herrschaft der Kuomintang unter Chiang Kai-shek zur gefestigten Demokratie gewesen sei. Taiwan müsse sich als demokratischer Leuchtturm in Ostasien weiter behaupten. Die Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft – Freunde Taiwans, Anita Schäfer, beklagte in ihrem Grußwort die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Völkerrechts, das sich nur mühsam in den Dienst bedrängter Demokratien stellen ließe. Der Ausschluss Taiwans von der Weltgesundheitsversammlung 2017 in Genf oder die unilaterale Einrichtung zusätzlicher Flugrouten für den Luftverkehr über der Taiwanstraße seien Beispiele für gezielte Strafaktionen Chinas, um Taipehs Bemühungen um Anerkennung auf internationalem Parkett zu kompromittieren. Mark Hauptmann, Bundestagsabge-

ordneter und Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, hob in seiner Begrüßung Taiwan als Wertepartner Deutschlands hervor. Neben gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und der Bereicherung durch kulturellen Austausch sei besonders die Kooperation im Bereich erneuerbarer Energien ein zukunftssträchtiger Integrationsmotor für die deutsch-taiwanische Zusammenarbeit.

Jhy-Wey Shieh referierte eingangs zur gegenwärtigen Lage Taiwans und zog eine erste Bilanz der Präsidentschaft Tsais. Ihre kontinuierlich verschlechterten Umfragewerte seit der Amtseinführung im Mai 2016 seien vor allem auf innenpolitische Einflüsse zurückzuführen. Die umfangreiche Rentenreform, das Gesetz zur Übergangsgerechtigkeit oder der Beschluss über den Atomenergieausstieg bis 2025 seien teils unbeliebte aber dringend notwendige Schritte zur Modernisierung des Landes gewesen. Die Bürgermeisterwahlen in den sechs größten Städten der Insel im November 2018 werden ein wichtiger Stimmungstest für den innenpolitischen Rückhalt Tsais. Die Kontakte mit Festlandchina seien seit ihrem Amtsantritt auf offizieller Ebene von zunehmender Härte Pekings geprägt. Die spürbare Entspannung der Beziehungen während der Präsidentschaft von Ma Ying-jeou von 2008 bis 2016 habe sich ins Gegenteil verkehrt, weil Peking der neuen Regierung misstrauisch gegenüberstehe. Taipeh lege mehr Wert auf Demokratie als auf Wiedervereinigung. Unterhalb der Schwelle staatlicher Kontakte präsentiere sich die Volksrepublik gegenüber der taiwanischen Bevölkerung weiterhin bewusst als attraktiver Arbeitsstandort. Zwei Drittel der im Ausland arbeitenden Taiwaner seien in China tätig. Außenpolitisch sei die Sicherheitsgewährleistung durch die USA existenziell für Taipeh. Die gemeinsamen Grundwerte zwischen Taiwan und vielen westlichen Staaten müssten sich jedoch in konkrete politische Unterstützung für die Republik China umsetzen.

Martin Wagener ordnete Taiwans Rolle in der Sicherheitsarchitektur Ostasiens ein. Die ordnungspolitischen Ausgangsbedingungen ließen nur zwei strategische Optionen zu: Der Inselstaat könne entweder Risikoabsicherung durch Anlehnung an die Schutzmacht USA betreiben oder es gelinge Taipeh, die Bedrohung durch die Volksrepublik einzudämmen. Den offiziellen Verteidigungsausgaben Pekings in Höhe von 150,5 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017 stellte Taipeh nur 10,4 Mrd. US-Dollar entgegen. Dieser enorme Machtunterschied werde für Taiwan besonders dann gefährlich, wenn die Rückversicherung durch Washington entfällt. Für den Fall einer chinesischen Invasion könne Taiwan die Vorteile der asymmetrischen Kriegführung ausnutzen. Durch eine wehrhafte Verteidigung der Hauptinsel solle Taipeh die absehbaren Kosten einer chinesischen Militäraktion in die Höhe treiben und gezielt Vergeltungsangriffe gegen Schwachstellen der Invasionsmacht im chinesischen Hinterland ausführen. Taiwan müsse rüsten, um

nicht zu kämpfen. Zudem ist fraglich, ob die Militärführung in Peking tatsächlich die nötige psychologische Robustheit besitzt, um vor dem Hintergrund der langjährigen Ein-Kind-Politik des Landes eine Besetzung Taiwans auch unter Duldung erheblicher eigener Verluste durchzuführen. Auch sei die tatsächliche Kampfkraft der chinesischen Streitkräfte ungewiss. Die letzte militärische Auseinandersetzung der Volksrepublik ist eine Strafexpedition gegen Vietnam 1979 gewesen. Abschließend stellte Wagener einen Denkansatz vor, wie Taiwan die indirekte Zähmung Festlandchinas gelingen könnte. Die Regierung Tsai könnte ihre demokratische Wessensverwandtschaft mit westlichen Staaten ausspielen und Peking durch Werte statt Gewalt abschrecken. Seine Annahme: Westliche Regierungen seien im Konfliktfall eher zu Beistandsleistungen für Taiwan bereit, wenn sie den Inselstaat als konsolidierte Demokratie wahrnehmen. Solidarmaßnahmen gegen das autoritäre China würden wahrscheinlicher, weil sie innenpolitisch widerstandsfreier zu legitimieren wären.

Dr. Enrico Fels von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ging im Anschluss auf Taiwan im Rahmen der internationalen Sicherheitslage ein. Trotz 42 intergouvernementaler Kooperationsformate gebe es im asiatisch-pazifischen Raum keine führende Organisation zur friedlichen Konfliktregulierung. Europäische Länder seien im regionalen Institutionengeflecht besonders unterrepräsentiert. Das liberale Weltordnungsmodell sei stark fragmentiert und das Sicherheitsdilemma in Ostasien nicht überwunden. Auch bedingen die zahlreichen wirtschaftlichen Interdependenzen der Region nicht zwangsläufig friedliche Koexistenz. Vielmehr wäre die nüchterne Logik der Geopolitik in die zwischenstaatlichen Beziehungen zurückgekehrt. Taiwan sei als Mittelmacht zwischen den Großmächten China und USA besonders betroffen. Der chinesische Staatspräsident Xi Jinping hat im Oktober 2017 die Erfüllung des „Chinesischen Traums“ untrennbar mit der Kampfkraft der eigenen Streitkräfte verknüpft. Diese betonte Einsatzbereitschaft habe auch Konsequenzen für die Taiwanstraße. Daher sei die Ausweitung vertrauensbildender Maßnahmen notwendig, um die regelbasierte Staatenordnung als Grundlage zwischenstaatlicher Beziehungen zu stärken. Taiwan könne kaum von Sicherheitspartnerschaften profitieren, da es nur unzureichend in internationale Institutionen integriert ist. Terrorismusbekämpfung, maritime Sicherheit oder nukleare Nichtverbreitung seien nur einige Politikfelder, in denen Taipeh mit sicherheitspolitischer Minimierung konfrontiert sei.

Dr. Michael Zickerick, ehemaliger Generaldirektor des Deutschen Instituts Taipeh, kommentierte beide Vorträge zur sicherheitspolitischen Lage Taiwans und betonte, Deutschland müsse im Umgang mit Taiwan mutiger werden. Berlin sei in der Lage, sich schrittweise von der Ein-China-Politik zu emanzipieren. Gleichzeitig müsste Taiwan jedoch deutlich geschlossener nach

außen auftreten und innenpolitische Grabenkämpfe abstellen. Diese würden Taipehs Ambitionen um internationale Anerkennung schwächen und von Kernforderungen ablenken. Für die Regierung Tsai müsse gelten, Gegensätze zu überwinden und Einigkeit zu demonstrieren.

Manfred Bohr, wirtschaftspolitischer Referent der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, moderierte die anschließende Diskussion, in der Einigkeit über Taiwans unzureichende Investitionen in den eigenen Verteidigungshaushalt bestand. Wenn China wirksam abgeschreckt werden solle, reiche nach Fels ein Etat von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Landesverteidigung nicht aus. Doch selbst wenn erhebliche Steigerungen beschlossen würden, müssten diese realistisch und innenpolitisch durchhaltbar bleiben. Der Beschluss über die Abschaffung der Wehrpflicht sei daher ein Fehler gewesen. Zudem läge es in der Verantwortung westlicher Bündnispartner, die USA als Schutzmacht Taiwans in Osteuropa oder dem Persischen Golf zu entlasten, um Washingtons Handlungsfähigkeit im Westpazifik zu erhöhen. Dazu gehöre es nach Wagener auch, scharfe Militärmanöver Chinas in Ostsee und Mittelmeer nicht schweigsam zu dulden. Die Europäische Union müsse robuster reagieren und ihre Bereitschaft signalisieren, Ausgriffe der Volksrepublik stärker zu disziplinieren. Beispielsweise durch die Passage strittiger Seegebiete im Südchinesischen Meer als Reaktion auf Übungstätigkeiten chinesischer Marinestreitkräfte in der unmittelbaren Peripherie Europas.

Prof. Dr. Dirk Schmidt von der Universität Trier referierte im Anschluss zu den ökonomischen Verwundbarkeiten Taiwans. Trotz eines stabilen Wachstums von 2,9 Prozent des BIP, geringer Arbeitslosigkeit und mäßiger Inflationsrate von 1 Prozent in 2017 leide der Inselstaat unter einer doppelten ökonomischen Abhängigkeit. Als externer Faktor auf volkswirtschaftlicher Ebene wirke die strukturelle Dependenz von Festlandchina als Handelspartner auf Taipeh ein. Taiwans Exporte in die Volksrepublik lagen 2016 bei einem Gesamtanteil von 26,4 Prozent mit steigender Tendenz. Im gleichen Jahr gingen 13,7 Prozent der Exporte des Inselstaats nach Hongkong. Peking führte hingegen nur 2,3 Prozent seiner Exporte nach Taiwan aus. Festlandchina ist somit der größte Abnehmer taiwanischer Wirtschaftsgüter. Die Republik China ist also in einem erheblichen Maße von der Integration in transnationale asiatische Wertschöpfungsketten abhängig. Taipehs Außenhandelsüberschuss lag 2017 bei rund 58 Mrd. US-Dollar. Die Volksrepublik wisse diese Verwundbarkeit der taiwanischen Wirtschaft politisch geschickt zu nutzen. Taipeh habe erhebliche Probleme, Abschlüsse bilateraler Investitionsabkommen in der Region zu erzielen. In einem Handelskrieg zwischen Washington und Peking wäre Taiwan einer der Hauptverlierer, dessen indirekte Exporte über China in die USA erheblich betroffen wären. Bezugnehmend auf ökonometrische Berechnungen schätzte Schmidt, dass ein Rück-

gang chinesischer Exporte in die Vereinigten Staaten um 10 Prozent ein Absinken des taiwanischen BIP um etwa 0,2 Prozentpunkte zur Folge haben könnte. Letztlich müsse sich Taiwan bemühen, seine außenwirtschaftliche Abhängigkeit von der Volksrepublik zu reduzieren.

Prof. Dr. Gunter Schubert von der Eberhard Karls Universität Tübingen stellte mögliche neue Wege Taiwans in der Wirtschaftspolitik vor. Vergleichsweise niedrige Reallöhne, eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit in industriellen Schlüsselsektoren sowie geringe budgetäre Spielräume wegen hoher staatlicher Verschuldung hätten zu dramatischen Abwanderungstendenzen taiwanischer Arbeitnehmer geführt. Regierungsprogramme zur Stimulierung eigener industrieller Schwerpunkte, sozialpolitische Reformen oder bilaterale Freihandelsabkommen seien geeignete Maßnahmen, um die ökonomische Verwundbarkeit Taiwans zu reduzieren. In der hohen Abhängigkeit der taiwanischen Außenwirtschaft zu Festlandchina sieht Schubert zwar eine teils gewinnbringende Teilhabe an den Produktionsnetzwerken der Volksrepublik, wodurch der Inselstaat ein bedeutender Teil der Weltökonomie geworden sei. Die strukturelle Abhängigkeit von der chinesischen Wirtschaft müsse insgesamt jedoch verringert werden. Eine Fokussierung auf Südost- und Südasiens als integrierten Kooperationsraum könnte helfen, Taiwans Produktions- und Absatzmärkte zu diversifizieren. Die Orientierung zu geoökonomischen Räumen südlich der Hauptinsel könne langfristig erfolgreich werden. Insgesamt sei die Steuerungskraft der Regierung in Taipeh jedoch begrenzt. Sie könne den Umgang des taiwanischen Kapitals mit dem Veränderungsdruck auf die nationale Wirtschaft zwar bedingt moderieren, es fehle jedoch an ausreichenden Investitionen in die eigene Innovationsfähigkeit, um ein wettbewerbsfähiger Teil der entstehenden digitalen Weltökonomie werden zu können. In jedem Fall bedeute eine ökonomische Emanzipierung von China jedenfalls kurzfristig, Nachteile in Kauf zu nehmen.

Prof. Dr. Markus Taube von der Universität Duisburg-Essen ordnete beide Präsentationen zur ökonomischen Lage Taiwans ein und betonte, wie sehr taiwanische Unternehmen von Wertschöpfungsketten abhängig sind, die im Ausland kontrolliert werden. Moderne Produktionsnetzwerke seien multinational aufgestellt. Daraus ergebe sich für Taiwan die Chance, sich auf bestimmte Teilprozesse zu spezialisieren und das vorhandene Innovationspotenzial effektiver zu nutzen. Skeptisch äußerte er sich zu den Erfolgsaussichten der wirtschaftlichen Südwärts-Politik Taipehs. Wenn sich Taiwan als Technologieinkubator begreifen und auf den Ausbau eigener ökonomischer Stärken konzentrieren würde, könnte es die vorhandenen Ressourcen deutlich sinnvoller in den heimischen Wirtschaftsstandort investieren.

Dr. Heinrich Kreft, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg, moderierte die anschließende Diskussion, in der die Teilnehmer eine strukturelle Innovationspolitik der taiwanischen Regierung forderten. Es gebe zwar auch in Taiwan bedeutende Prozessinnovationen, so Taube, es brauche für die Skalierung von Netzwerkeffekten jedoch einen großen Heimatmarkt. Es mangle an innovativen Impulsen, um diesen zu kompensieren und im globalen Verdrängungswettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben. Taiwan könne sich den zusätzlichen Aufbau großer Wirtschaftszweige daher kaum leisten. Schubert unterstrich, wie sehr die Parallelität von politischen und ökonomischen Räumen in Ostasien bereits entkoppelt sei. Die Entgrenzung wirtschaftlicher Tätigkeit müsse in Taipeh als bedeutsame Chance begriffen werden. Chinas ökonomischer Expansionsdrang hingegen sei trotz zwischenzeitlicher Investitionshemmnisse kaum noch einzudämmen. Der Aufbau der „Neuen Seidenstraße“ als langfristige Infrastrukturnetzinitiative der Volksrepublik erweitere den chinesischen Absatzmarkt erheblich.

Prof. Dr. Hanns W. Maull von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin stellte im Anschluss seine Gedanken zur Turbulenz als Strukturmerkmal internationaler Politik vor. Er sieht in Globalisierungsprozessen eine systematische Überforderung politischer Entscheidungsträger. Jedoch seien funktionierende nationalstaatliche Ordnungen konstitutiv für eine stabile internationale Ordnung. Innenpolitik könne über ordnungspolitische Interferenzen auf Außenpolitik und die internationale Ordnung einwirken. Deren Legitimität, Effektivität und Autorität sieht Maull in einem zunehmend prekären Zustand. Das synchrone Versagen der internationalen Ordnung und der Verlust ihrer Bindewirkung seien von sieben Entwicklungstrends getragen: Die Weltordnung sei (1) durch die starke Zunahme signifikanter Akteure zunehmend gedrängt und (2) durch heterogenere Interessenlagen und ordnungspolitische Differenzen bestimmt. Die exponentielle Entwicklung aller Formen der Interaktion führe zu (3) gesteigerter Interdependenz. Die Erosion politischer Autorität (4) fragmentiere die zwischenstaatliche Ordnung. Sie werde (5) komplexer und (6) deutlich machtpolitischer aufgeladen. Insgesamt sei sie (7) konflikt- und gewaltträchtiger geworden. Taiwan befinde sich im Spannungsfeld der Systemkonkurrenz liberaler Demokratien und lernender autoritärer Systeme. Die außenpolitische Handlungs- und Bündnisfähigkeit liberaler Demokratien leide in Abgrenzung zu anderen politischen Ordnungen unter der Aufweichung ihrer Grundsätze: Souveränität, Nichteinmischung, Gewaltverbot oder das Prinzip territorialer Unverletzlichkeit von Staaten. Vor dem Hintergrund dieser ausgeprägten Auflösungserscheinungen der internationalen Ordnung liege Taiwans Zukunft im Aufbau effektiver Multilateralismen und der Bindung an ordnungspolitische Partner. Der Problemdruck durch die Wahrnehmung wechselseitiger Verwundbarkeiten könne nur durch effektive Kooperation im Verbund abgefedert werden. Japan, Südkorea, Australien, Ka-

nada, die ASEAN-Staaten oder die Europäische Union wären in dieser Hinsicht geeignete multilaterale Koalitionsperspektiven für Taiwan.

Dr. Gudrun Wacker von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin entwarf im Anschluss Perspektiven zur Lage in der Taiwanstraße. Sie sieht den „diplomatischen Waffenstillstand“ der Präsidentschaft Ma Ying-jeous als faktisch aufgehoben. China wirke auf den schrittweisen Ausschluss Taiwans von internationalen Organisationen hin und umwerbe Staaten, die bislang offizielle Beziehungen mit Taiwan unterhalten hätten. Es sei das erklärte Ziel Pekings, Präsidentin Tsai und ihre Regierung zur Anerkennung des „Konsens von 1992“ zu bewegen, der das Ein-China-Prinzip anerkennt, wenn auch mit unterschiedlichen Interpretationen. Trotz weiter bestehender Kontakte auf Arbeitsebene pflegen Peking und Taipeh seit der Wahl Tsais keinen hochrangigen offiziellen Austausch. Aus der Rede Xis auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2017 leitet Wacker ab, dass die Volksrepublik weiterhin grundsätzlich an einer friedlichen Wiedervereinigung interessiert ist. Jedoch lasse sich nun keine Passage mehr finden, die das Vertrauen der chinesischen Regierung in den Vereinigungswillen der taiwanischen Bevölkerung ausdrücke. Letztlich würde die erklärte Absicht Pekings zur Erfüllung des „Chinesischen Traums“ bis 2049 indirekt auch eine Frist für die Lösung der Souveränitätsfrage Taiwans setzen. Wacker sieht in der zunehmenden Eskalation der hegemonialen Rivalität zwischen China und den USA ein wahrscheinliches Zukunftsszenario für Ostasien. Eine einvernehmliche Verhandlungslösung zwischen Peking und Washington über die Definition klarer Einflusszonen im Westpazifik als Teil der transaktionalen Politik der US-Administration unter Präsident Donald Trump hält sie dagegen für wenig wahrscheinlich.

Prof. Dr. Reinhard Wolf von der Goethe-Universität Frankfurt am Main kommentierte beide Vorträge zur Zukunft Taiwans in der internationalen Ordnung und hob hervor, dass die Stabilitätseffekte durch Aufrechterhaltung der liberalen Weltordnung stärker in den Vordergrund gerückt werden müssten. Es solle gelten, dem Trend zur unilateralen Durchsetzung nationaler Interessen entschieden entgegenzutreten, um die zunehmende Fragmentierung der zwischenstaatlichen Ordnung einzudämmen. Diese Erosionserscheinungen würden den positiven Einfluss der globalen Ordnung auf die Staatenwelt mittlerweile überlagern. Dennoch sei die internationale Ordnung dringend anzupassen, um sie vor der völligen Desintegration zu bewahren.

Dr. Siegfried Schieder von der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg führte durch den anschließenden Meinungsaustausch, in dem die Teilnehmer einen drängenden Innovationsbedarf der Staatenordnung herausstellten, damit ihre Leistungsfähigkeit gewährleistet bleibt. Nach



Mauß sei ihre Kriseninstabilität eine Folge der Deregulierung und des Glaubwürdigkeitsverlusts ihrer Grundwerte, die in der ersten Amtszeit von US-Präsident George W. Bush ab 2001 eingesetzt hätten. Es werde nötig, das Prinzip der Reziprozität nicht weiter mit exklusiven Ansprüchen der westlichen Staatenwelt zu besetzen. Aufstrebenden Mächten müsse die Möglichkeit eingeräumt werden, in multilateralen Kooperationsformaten ihre Forderungen gleichberechtigt einzubringen. Manche Diskutanten betonten, die Gestaltungshoheit über die Weltordnung habe sich dem Einfluss ihrer liberalen Gründungsstaaten bereits weitgehend entzogen.

Jhy-Wey Shieh verabschiedete die Teilnehmer abschließend mit einem Schlusswort, in dem er die beiderseits gewinnbringende Zusammenarbeit zwischen Taiwan und Deutschland unterstrich. Taiwan sei entschlossen, sich als liberale Insel in Ostasien zu behaupten. Dazu sei man jedoch auf politische Unterstützung angewiesen.

Die Ergebnisse der Tagung verdeutlichen, wie die Sicherheitsarchitektur in Ostasien Taiwans strategische Optionen zur Gewährleistung der eigenen Sicherheit einschränkt. Die Risikoabsicherung durch Anlehnung an den Sicherheitsgaranten USA hängt von der Zuverlässigkeit der Unterstützung aus Washington ab (Fels). Wie sich das Weiße Haus im Konfliktfall tatsächlich verhalten würde, ist fraglich. Europa könnte die US-Streitkräfte in Osteuropa oder dem Persischen Golf entlasten, um deren Handlungsfreiheit im Westpazifik zu stärken. Taipeh rüstet zu wenig, um die Bedrohung durch die Volksrepublik einzudämmen und wird den relativen Machtunterschied zu Peking nicht mehr ausgleichen können. Durch asymmetrische Kriegführung kann Taiwan jedoch den Preis einer chinesischen Invasion in die Höhe treiben (Wagener). Letztlich hätte Peking mit absehbaren Beherrschungsproblemen nach einer Okkupation zu kämpfen. Die Identitätsentwicklung der taiwanischen Bevölkerung wirkt der Aussicht auf friedliche Vereinigung mit Festlandchina entgegen. Wenn Taipeh die Volksrepublik durch liberale Werte und öffentliche Beistandsbekundungen westlicher Demokratien abschrecken will, muss sich die Regierung Tsai internationalem Recht kategorisch unterwerfen, auch wenn Entscheidungen gegen sie stehen (Zickerick).

Die hohe Abhängigkeit von Exporten in die Volksrepublik macht den Inselstaat ökonomisch verwundbar. Die Binnenrationalität des wirtschaftlichen Expansionsdrangs Pekings zielt trotz Integration Taiwans in chinesische Wertschöpfungsketten auf die Verdrängung ausländischer Wettbewerber ab (Tauben). Es mangelt der Regierung in Taipeh an Steuerungskraft, um die eingeschlagene außenwirtschaftliche Neuorientierung nach Südost- und Südasien mit struktureller Innovationspolitik zu flankieren und so die Produktionsnetzwerke der heimischen Volkswirt-

schaft langfristig konkurrenzfähig zu halten (Schmidt). Niedrige Reallöhne und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit industrieller Schlüsselsektoren fördern Abwanderungstendenzen taiwanischer Arbeitnehmer. Gezielte Investitionsprogramme, bilaterale Freihandelsabkommen und sozialpolitische Reformen sind geeignete Mittel, die wirtschaftliche Verwundbarkeit Taiwans zu reduzieren (Schubert). Eine ökonomische Emanzipierung von Festlandchina bedeutet jedoch auch, zunächst bewusst volkswirtschaftliche Nachteile zu akzeptieren.

Die herrschende internationale Ordnung droht zu versagen und unterliegt einem erheblichen Veränderungsdruck. Ihre Bindewirkung nimmt ab. Autoritäre Regime fordern Teilhabe an ihrer Gestaltung (Wolf). Multilaterale Koalitionsperspektiven zwischen ordnungspolitischen Partnern wären Wege aus der Krise, um entlang gemeinsamer Werteverständnisse den Auflösungserscheinungen der internationalen Ordnung entgegenzutreten (Maull). Eine Verhandlungslösung zwischen Peking und Washington über klare Einflusszonen im Westpazifik und die Souveränitätsfrage Taiwans ist unwahrscheinlich (Wacker). Vorerst scheint die Aufrechterhaltung des Status quo für Taiwan die stabilste Alternative zu bleiben.